

Günther Sandner, Boris Ginner (Hg.)

WARUM DEMOKRATIE BILDUNG BRAUCHT

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung durch



mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-842-5

© mandelbaum *verlag* wien • berlin 2019
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: JANNIK EDER

Satz: KEVIN MITREGA

Umschlag: MICHAEL BAICULESCU

Druck: PRIMERATE, Budapest

INHALTSVERZEICHNIS

- 7 Vorwort
von Renate Anderl
- BORIS GINNER UND GÜNTHER SANDNER
- 8 Einleitung
- HEINZ FISCHER
- 11 Die demokratische Republik und ihre Vorgeschichte
- GÜNTHER SANDNER
- 17 Konflikte um Bildung und die Zukunftsfähigkeit
der Demokratie
- BORIS GINNER
- 28 Erkämpfte Bildung – erkämpfte Demokratie
- ERICH RIBOLITS
- 39 Bildung – Macht – Demokratie?
- TAMARA EHS
- 50 Demokratie als soziale Klassenfrage
- ERNA NAIRZ-WIRTH
- 61 Warum Schulabbruch verhindert werden muss
Ein Essay zu Bildung und Demokratie
- BIRGE KRONDORFER
- 67 Nicht dermaßen angepasst werden
(Frauen-)Bildung zur Demokratie
- NICOL GRUBER, RICHARD MEISEL
- 77 Rechtsextremismus unter Jugendlichen – und jetzt?

- PHILIPP MITTNIK
87 »Das neue Österreich«
Schule im Dollfuß-Schuschnigg-Regime
- CHRISTIAN HOFMANN
96 Der Jugendvertrauensrat
Ein Mitbestimmungsmodell von Lehrlingen
- KARL HEINZ GRUBER
103 Gesamtschule – ein Nachruf
*Warum die Demokratisierung der österreichischen Schulstruktur
bisher gescheitert ist*
- SABINE MADER
115 Demokratie in der Schule
- MELISA ERKURT
125 Die Schule gehört allen
- VERENA HOHENGASSER, SIMONE PESCHEK, FELIX STADLER
134 Schule geht uns alle an
- 143 Autorinnen und Autoren

VORWORT

Letztes Jahr blickte die Republik Österreich auf ihre bewegte einhundertjährige Geschichte zurück. Die Arbeiterkammer hat dieses Jubiläum zum Anlass genommen, um sich im Rahmen der Tagung »Welche Bildung braucht die Demokratie?« mit der Entstehung und Entwicklung der Demokratie auseinanderzusetzen.

Das 20. Jahrhundert war geprägt von politischen Umbrüchen und von zwei Weltkriegen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Demokratie weder selbstverständlich noch unverrückbar ist, sondern hart erkämpft wurde – und auch heute immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss.

Die Arbeiterbewegung war von Anfang an eine glühende Verfechterin von Demokratie und Mitbestimmung. Daher ist es kein Zufall, dass diese Bewegung mit dem Wiener Arbeiterbildungsverein 1867 ihren Anfang nahm. Das allgemeine Wahlrecht, menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen und die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung gehörten damals zu den wichtigsten Forderungen. Bildung und Demokratie sind wie siamesische Zwillinge – es gibt die eine nicht ohne die andere.

In der Gegenwart versteht sich die Arbeiterkammer als Haus der Gerechtigkeit, als Haus des Wissens und auch als Hüterin der Demokratie. Deswegen setzen wir uns so vehement für ein Bildungssystem ein, das allen Kindern die Möglichkeit gibt, ihre Chancen zu nutzen – und zwar unabhängig von Herkunft oder Einkommen der Eltern.

»Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler«, hielt die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann einmal fest. Ich hoffe sehr, dass sie sich geirrt hat. Die Arbeiterkammer wird weiterhin ihren Beitrag dazu leisten, dass aus der Geschichte gelernt wird. Ich freue mich daher besonders über den vorliegenden Sammelband und wünsche allen LeserInnen eine spannende Lektüre.

Renate Anderl

Präsidentin der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

EINLEITUNG

»Lehren heißt, ein Feuer entfachen, und nicht, einen leeren Eimer füllen.« (Heraklit)

Das Bildungs- und Erziehungssystem spielt in Demokratien eine zentrale Rolle, nicht zuletzt deswegen, weil gebildete Menschen besser in der Lage sind, ihre politischen Beteiligungsrechte und Interessen wahrzunehmen – und weil sie sich statistisch gesehen häufiger und intensiver beteiligen. Nur in Demokratien kann es ein Bildungssystem geben, das die Menschen befähigt und ermutigt, das öffentliche Leben aktiv mitzugestalten und sich für das Gemeinwesen einzusetzen. Eine spezifisch *politische* Bildung – in der Schule, der Erwachsenenbildung, in den Medien und in anderen Bereichen – soll die Fähigkeiten zur Partizipation der Menschen grundsätzlich unterstützen, entwickeln und fördern. Wie sehr Bildung diesen Ansprüchen tatsächlich gerecht wird, ist durchaus umstritten.

Politische Gleichheit ist ein zentrales Versprechen der Demokratie. Doch welche Konsequenzen folgen daraus? Da es einen evidenten Zusammenhang zwischen sozialer Klasse (Einkommen, Besitz, Vermögen), Bildungsabschluss und politischer Beteiligung gibt, scheint klar, dass damit mehr einhergehen sollte als ein Bekenntnis zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Um wiederum Bildung herauszugreifen: Jeder Heranwachsende, jede Bürgerin und jeder Bürger, sollte und müsste in einer Demokratie die gleichen Zugangschancen zu guter Bildung haben.

An diese Ausgangsüberlegungen schließen eine Reihe von Themenbereichen an. Ein Problem ist beispielsweise, dass sozial benachteiligte und (zumindest formal) schlechter gebildete Menschen ihren Meinungen im demokratischen Diskurs viel weniger deutlich Ausdruck verleihen können. Sie beteiligen sich seltener an Wahlen, sie fallen bei unkonventionellen Partizipationsformen (wie Demonstrationen) noch weiter zurück – und schließlich finden ihre Interessen auch deutlich geringere Resonanz in der Politik.

Wie hat sich das Verhältnis von Bildung und Demokratie in Österreich historisch entwickelt, welche Rolle spielten bestimmende AkteurInnen der österreichischen (Zeit-)Geschichte darin, so wie die Arbeiterbewegung? Wird das Bildungssystem dem Anspruch einer demokratischen politischen Bildung gerecht? Unterstützt es die Menschen darin, in Alternativen zu denken und Ungleichheiten konsequent zu problematisieren? Ist es für alle offen und garantiert es Chancengleichheit? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Bildung und Demokratie in der Schule – und wie unterscheidet es sich möglicherweise in verschiedenen Schultypen? Welche Rolle spielt das Thema Demokratie bei Lehrlingen, welchen Stellenwert hat es für junge Menschen zwischen beruflicher Ausbildung und Arbeitswelt? Auf welche politischen Probleme und Gefahren muss eine demokratische politische Bildung reagieren – und wie?

Zu diesen und anderen Fragen haben wir Menschen aus unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichem Hintergrund eingeladen, Stellung zu beziehen: aus schulischer und außerschulischer Bildung, aus Journalismus und Politik sowie aus der Bildungswissenschaft, der Geschichte, der Politikwissenschaft und der Soziologie.

Im November 2018 fand im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien eine Tagung mit dem Titel »Welche Bildung braucht die Demokratie?« statt. Eine Idee dieser Veranstaltung war es, das einhundertjährige Jubiläum der Gründung der Republik Österreich zum Anlass zu nehmen, um nach der Rolle von Bildung in der österreichischen Demokratie zu fragen. Für den vorliegenden Band konnten wir zum einen die meisten der an dieser Veranstaltung Mitwirkenden gewinnen, Vortragende wie WorkshopleiterInnen, zum anderen gelang es uns, einige zusätzliche AutorInnen zu integrieren.

Wir wollten das Thema historisch beleuchten sowie grundsätzliche, theoretische Ansätze behandeln, aber auch Stimmen aus der Praxis hören. Von Menschen, die sich in ihrem täglichen Arbeitsleben mit Demokratie und Bildung, mit Demokratieverziehung und politischer Bildung auseinandersetzen.

Die Vielfalt der Stimmen eint die Überzeugung einer notwendigen Politisierung der Bildung. Damit ist keine Politisierung im Sinne einer politischen Partei oder Bewegung gemeint. Politisierung ist ein Begriff, der im Alltagsgespräch oft einen negativen Beigeschmack hat. Gemeint ist vielmehr ein Insistieren auf den politischen Charakter von Bildung und ihre Bedeutung für das politische System der De-

mokratie, das Fördern einer bewussten Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in der Gesellschaft sowie mit kollektivem und individuellem politischen Handeln und vielem mehr.

Dass angesichts der unterschiedlichen Ansatzpunkte der Beiträge und der Vielfalt der Stimmen die Herausgeber nicht mit jedem einzelnen Analyseelement oder Vorschlag übereinstimmen müssen, bringt die Natur eines solchen Sammelbandes notwendigerweise mit sich. Insgesamt jedoch sind alle Beiträge von dem Wunsch getragen, die Bedeutung der beiden Bereiche füreinander zu diskutieren, zu analysieren, aber auch zu problematisieren – und exemplarisch einige neue Perspektiven für eine demokratische Bildung zu entwickeln.

HEINZ FISCHER

DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK UND IHRE VORGESCHICHTE¹

Die demokratische Republik Österreich hat im vergangenen Jahr ihren 100. Geburtstag gefeiert. Sie ist am 12. November 1918 gegründet worden. Aber so wie alle historischen Ereignisse ist auch dieses nicht wie ein Meteor vom Himmel gefallen, sondern hat eine lange und bemerkenswerte Vorgeschichte gehabt. In dieser Vorgeschichte spielte auch und besonders die Bildung eine wichtige Rolle. Zwischen der Bildung und dem politischen System, in dem wir leben und das wir uns erkämpft haben, gibt es viele enge Zusammenhänge. Bildung versetzt uns in die Lage, an Entscheidungen darüber, in welchem politischen System wir leben, aktiv mitzuwirken.

In der Zeit des Nationalsozialismus waren schreckliche, entlarvende Vokabeln verbreitet. Man sprach von »Menschenmaterial«. Ein grauslicher Gedanke, dass man die Menschen als Material betrachtet, mit dem man dieses oder jenes machen kann – so wie mit Beton oder Schotter oder Holz. Die Menschen sind kein Material. Jeder einzelne Mensch ist ein Individuum, etwas Unvergleichbares und Einzigartiges. Daher ist die Demokratie so wichtig, um dieser Einzigartigkeit des Menschen und der Tatsache, dass alle Menschen die gleiche Menschenwürde haben, Rechnung zu tragen. Der Satz »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren« steht ja in der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen. Daraus, dass alle Menschen die gleiche Würde haben, lassen sich bestimmte gleiche Rechte und Pflichten für alle Menschen ableiten.

Aber zurück zur Gründung der demokratischen Republik an jenem regnerischen und kalten Tag des 12. November 1918, nachmit-

1 Dieser Beitrag basiert auf dem Vortrag »100 Jahre Republik«, den Heinz Fischer zur Eröffnung der Tagung »Welche Bildung braucht die Demokratie? 100 Jahre Republik Österreich« am 16. November 2018 im Bildungszentrum der AK Wien gehalten hat.

tags knapp nach 15.30 Uhr. Die Gründung der Republik hat wie gesagt eine Vorgeschichte. Und eigentlich könnte man sehr weit in die Geschichte zurückblicken, weil große Ereignisse meist eine lange Vorgeschichte haben.

Von der Ära Metternich zum allgemeinen Wahlrecht

Ich beginne mit der Ära Metternich. Das war die Zeit nach dem Wiener Kongress, also von 1815 bis 1848. Eine autoritäre Ära: Es gab kein gewähltes Parlament, keine Demokratie, keine Mitbestimmung, keine Freiheit der Wissenschaft, keine Trennung von Staat und Kirche. Metternich wollte dieses System stabil halten. Die Starrheit des Systems geriet aber in Widerspruch mit der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde viel erfunden und vieles änderte sich: Die Industrialisierung hatte eingesetzt, neue Formen der Produktion – auch in der Landwirtschaft – wurden angewandt. Damals war in Österreich eine Art Leibeigenschaft weit verbreitet. Das alles passte immer weniger zusammen. Und dann gab es eine Explosion – die Revolution des Jahres 1848. Es entstand ein Bündnis von Bürgerlichen, StudentInnen, HandwerkerInnen und den ersten ProletarierInnen, die aus der wachsenden Industrie hervorgegangen waren. Diese Revolution setzte die Demokratie auf ihre Tagesordnung. Und vor allem eine Konstitution, eine Verfassung. Bis dahin hatte der Monarch absolut regieren können.

Die Revolution war zunächst erfolgreich. Ein Reichsrat wurde einberufen: eine Körperschaft, die zunächst nicht gewählt wurde, sondern vorwiegend aus ernannten Repräsentanten beziehungsweise hohen Adeligen, Geistlichen etc. bestand. Dieser Reichsrat beschloss tatsächlich die Abschaffung der Leibeigenschaft. Aber von den RevolutionärInnen wurde noch viel mehr gefordert, zum Beispiel Grundrechte. Da wurde es den herrschenden Klassen und dem Hochadel zu gefährlich. Sie riefen die Armee zu Hilfe, holten Soldaten aus anderen Regionen herbei und schlugen die Revolution nieder.

Die Revolution wurde zwar niedergeschlagen und einige »Rädelsführer« wurden hingerichtet – man konnte die Revolution »töten«, aber nicht ihre Gedanken, Ziele und Motive. Sie sind weiter in der Gesellschaft existent gewesen, von SchriftstellerInnen und KünstlerInnen bearbeitet worden. Die Zeit von 1848, der niedergeschlagenen Revolution, bis 1867 war wie eine Sinuskurve. Zuerst der Sieg der Revolution, dann eine liberalere Phase und schließlich wurde das

Rad der Zeit zurückgedreht. In den 1860er Jahren wurde der Wunsch nach Bildung, nach Vereinsfreiheit, nach Mitbestimmung wieder stärker. Es wurde ein Vereinsgesetz geschaffen, das erlaubte zwar noch keine politischen Vereine, keine Parteien, wohl aber Bildungsvereine. Und das ist der Grund, warum die Arbeiterbildungsvereine, die in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, eigentlich die Vorläufer der Arbeiterbewegung waren. Eine sozialdemokratische Partei gab es noch nicht, aber zum Beispiel ist damals der Arbeiterbildungsverein Gumpendorf gegründet worden.

Bildungsvereine hatten zur Folge, dass Bildung in das »niedere« Volk hineingetragen werden konnte – und dieses »niedere« Volk war umso mehr bestrebt, jene Erkenntnisse, die ihnen durch Bildung vermittelt wurden, umzusetzen. So erzwang es, dass am 21. Dezember 1867 sogenannte Staatsgrundgesetze, in denen eine ganze Reihe von Freiheitsrechten verankert waren, verwirklicht wurden. Etwa Versammlungsfreiheit, Briefgeheimnis, Freiheit der Wissenschaft, das Recht, nicht ohne richterlichen Haftbefehl verhaftet zu werden, usw. In dem Moment, in dem diese Staatsgrundgesetze erlassen wurden, bekam die Demokratie einen zusätzlichen Schub und es kam zur Gründung von Parteien. In den 1880er Jahren wurden die Sozialdemokratische Partei und die Christlichsoziale Partei gegründet – der Beginn des modernen Parteiensystems. Diese Parteien drängten darauf, dass der Parlamentarismus sich weiterentwickeln konnte. Denn bis dahin hatte es noch kein allgemeines Wahlrecht gegeben.

Vielmehr war das Wahlrecht an Zugehörigkeit zum Adel, Mindestgrenzen an Eigentum, an Vermögen, an Großgrundbesitz gebunden. Das alles hing mit den ökonomischen Entwicklungen zusammen. Die wachsende Zahl von Menschen, die vom Land in die neu gegründeten Fabriken, zum Eisenbahnbau etc. strömten, setzten sich für das Wahlrecht ein und es gelang in Etappen, dass immer größere Gruppen der Bevölkerung das Wahlrecht erhielten. Schließlich wurde 1896 das allgemeine Wahlrecht dadurch eingeführt, dass eine sogenannte fünfte Kurie geschaffen wurde. Neben den Adeligen, Großgrundbesitzern und Gewerbetreibenden waren alle anderen Erwachsenen – aber nicht die Frauen – in einer fünften Kurie wahlberechtigt. Doch ihre Stimme war viel weniger wert als in anderen Kurien. Damit wurde allerdings ein allgemeines – aber noch nicht gleiches – Wahlrecht geschaffen. Die nächste Zielsetzung war der Kampf für das allgemeine *und* gleiche Wahlrecht. Dieses wurde für Männer im Jahr 1907 durchgesetzt.

Der Erste Weltkrieg und die Revolutionen

Ein großes Problem war der Nationalitätenkonflikt. Im 19. Jahrhundert kamen der Begriff der Nation und die Wucht des Nationalismus voll zur Geltung. Wir wissen, dass damit oft Rassismus einhergeht. Dieser Nationalismus war eine Sprengkraft in der Monarchie und hatte einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Monarchie in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs hineingestürzt ist.

Im Sommer 1914 lief alles wie eine Art Kettenreaktion ab: Der österreichische Thronfolger wurde in Sarajevo von einem serbischen Nationalisten ermordet. Daraufhin erklärte Österreich Serbien den Krieg. Russland stellte sich auf die Seite Serbiens, woraufhin Österreich und Deutschland Russland den Krieg erklärten. Die Alliierten Frankreich und England erklärten wiederum Österreich und Deutschland den Krieg. Die Soldaten der österreichisch-ungarischen Monarchie marschierten im Sommer 1914 an die Front, mit Begeisterung, mit schmucken Uniformen, mit Sang und Klang und beklatscht von den Daheimbleibenden. Die Soldaten stellten sich vor: Das wird ein Spaziergang, in 3 Monaten sind wir wieder zu Hause und haben den Serben eine ordentliche Lektion erteilt. In Wirklichkeit kamen sie vier Jahre später, sofern sie überhaupt noch am Leben waren (denn es hat Millionen Tote gegeben), zerlumpt, seelisch und körperlich verletzt, verbittert und enttäuscht zurück – viele mit revolutionären Gedanken im Kopf.

Die radikalste Revolution fand in Russland statt – die bolschewistische Revolution des Jahres 1917. Die Landkarte Europas musste neu gezeichnet werden. Je genauer man sich mit den Abläufen in Österreich beschäftigt, umso mehr Respekt muss man für die handelnden Personen haben. Die TschechInnen sagten sich schon im Sommer 1918 los von Österreich, bildeten zunächst eine Exilregierung in Paris, wurden von der französischen Regierung anerkannt, bauten dann ihren eigenen Staat auf, waren beflügelt und stolz, dass sie das erreicht haben, wofür sie lange gekämpft hatten: eine eigene Tschechoslowakei mit Prag als Hauptstadt. Auch im Süden von Österreich, wo die SerbInnen, die KroatInnen, die SlowenInnen Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie waren, begann man, ein slowenisch-kroatisch-serbisches Königreich aufzubauen. Die UngarInnen machten sich ebenfalls selbstständig von Österreich.

Die Ausrufung der Republik

In Österreich setzten sich Vertreter der deutschsprachigen Parteien, die im Jahr 1911 in den Reichsrat gewählt worden waren, zusammen, und zwar die Großdeutschen, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten, und nahmen die Gründung eines eigenen Nationalstaates in Angriff. Sie nannten diesen Staat Deutschösterreich, weil sie zum Ausdruck bringen wollten: Dieses Österreich ist nicht mehr ein Vielvölkerstaat, sondern umfasst die deutschsprachigen Gebiete der Monarchie. So wurde für 21. Oktober 1918 eine Sitzung von Abgeordneten einberufen, die den Grundsatzbeschluss fassten, einen deutsch-österreichischen Nationalstaat zu gründen. Wenn möglich sollte sich dieser mit Deutschland zusammenschließen. Wenige Tage später, am 30. Oktober, trat diese provisorische Nationalversammlung noch einmal zusammen und entschied den Grundsatz des Regierungssystems, nämlich eine parlamentarische Demokratie. Die Frage der Staatsform war noch immer nicht endgültig entschieden, der Kaiser saß in der Hofburg und weigerte sich, abzudanken. Erst am 11. November stimmte er zu, eine Erklärung zu unterschreiben, in der er aber nicht auf den Thron verzichtete, sondern nur auf seinen »Anteil an den Staatsgeschäften«. Am nächsten Tag, am 12. November, wurde die Republik ausgerufen. Die Ausrufung der Republik war ein Massenereignis mit 150.000 bis 200.000 Leuten vor dem Parlament auf der Ringstraße, aber sie ging im Großen und Ganzen friedlich über die Bühne. Dann begann eine schwierige, aber zunächst sehr fruchtbare Periode der jungen Demokratie.

Man sagt ja, die erste Republik hat Schiffbruch erlitten. Und das ist wahr, wenn man auf die Zeit von 1918 bis 1938 blickt. Wenn man aber nur die ersten zwei Jahre hernimmt, 1918 bis 1920, als der Sozialdemokrat Karl Renner Staatskanzler in einer Koalition von Sozialdemokraten und Christlichsozialen war: Da ist ein imponierendes Werk an Sozialgesetzen und Sozialreformen, eine Grundlage für soziale Sicherheit geschaffen worden. Dies kann uns heute – hundert Jahre später – nur den größten Respekt abringen und ein großer Teil davon ist nach wie vor wirksam. Zum Beispiel ist damals mit der Gründung der Arbeiterkammer, der Einführung des 8-Stunden-Tages und vielen andere Entscheidungen das soziale Fundament der Republik gelegt worden. Ähnliches spielte sich auf dem Bildungsgelände ab: Otto Glöckel und seine Mitstreiter arbeiteten an Reformmaßnahmen – nach der Devise: Je mehr die Menschen wissen, umso

mehr sind sie nicht nur fähig, ihr persönliches Schicksal in die richtige Richtung zu lenken, sondern sie sind auch in der Lage, die Gesellschaft als Ganzes sozialer und humaner zu gestalten.

In diesen zwanzig Monaten, zwischen November 1918 und Sommer 1920 (die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen zerbrach im Juni 1920), wurde also viel geleistet. Nur eines gelang nicht, nämlich eine definitive neue Verfassung zu beschließen. Daher wurde noch im Sommer 1920 im Nationalrat ein Unterausschuss des Verfassungsausschusses eingesetzt. Otto Bauer war Obmann und Ignaz Seipel war Obmann-Stellvertreter und sie erarbeiteten erfolgreich einen Verfassungstext. Dieser wurde am 1. Oktober 1920 einstimmig beschlossen und diese Verfassung vom 1. Oktober 1920 ist im Wesentlichen heute noch in Gültigkeit.

Damit war die erste sehr fruchtbare Phase der Ersten Republik beendet. Aber ab 1920 gab es eine zweite Phase der Ersten Republik. Da ist es immer schwieriger geworden: der Justizpalastbrand von 1927 als Symbol für heftigste emotionale und politische Gegensätze, die Ausschaltung des Parlaments im März 1933, der Bürgerkrieg im Februar 1934, der Anschluss an Hitlerdeutschland im Jahr 1938 und der darauffolgende Einmarsch der deutschen Soldaten am 12. März. Am 13. März unterschrieb Hitler das Anschlussgesetz und am 15. März hielt er die berühmt-berüchtigte Rede am Heldenplatz.

Von diesen Ereignissen trennen uns jetzt achtzig bis hundert Jahre. Und dennoch dürfen wir die Ereignisse dieser Zeit nicht vergessen, weil daraus wichtige Lehren – für die Gegenwart und für die Zukunft – gezogen werden können.